

No Rassismus. Veranstaltung am 10. Juni 2022 in der Christuskirche Hannover, Conrad-Wilhelm-Hase-Platz 1. Ansprechpartner Dr. Arno Brandt. Veranstaltungspartner: DGB Dr. Mehrad Payandeh. FES Stephan Meuser. Forum für Politik und Kultur: Dr. Arno Brandt. Amnesty International Malte Schubert. Evangelische Landeskirche Michael Thiel. Bildungsverein Hannover Ulrich Schröder. 19 Uhr Begrüßung. 19.30 Uhr Rede Prantl

No Rassismus

Von Heribert Prantl

Liebe Demokratinnen und Demokraten,

liebe Europäerinnen und Europäer,

liebe Freundinnen und Freunde der Menschen- und der Bürgerrechte,

liebe Antirassistinnen und Antirassisten in Hannover.

Wir hatten uns den Ausgang aus der Corona-Pandemie so anders vorgestellt. Auf die Pandemie folgt der Ukraine-Krieg und über all dem wölbt sich die Klima-Katastrophe. Es ist kalendarisch Frühsommer, es ist kalendarisch Juni, aber de facto, politisch und gesellschaftlich, herrscht Eiszeit. Der grassierende Rassismus gehört zu den Indikatoren der Eiszeit.

Wir sind hier in einer Kirche. Soeben ist hier Pfingsten gefeiert worden. Pfingsten ist das Fest des Heiligen Geistes. Der Heilige Geist sollte, müsste in diesem Jahr ein Eisbrecher sein. Wir brauchen Eisbrecher, wir brauchen einen kreativen Geist, wir brauchen Ideen, wir brauchen Leute, die das Chaos in der Welt entchaotisieren. Wir brauchen nicht einfach Aufrüstung und neue Waffen, wir brauchen Menschen, die das Leben wieder aus der Gefahren- und Todeszone herausführen. Wir brauchen Konzepte und Visionen. Und, ja, wir brauchen eine Politik, die die gespaltene Gesellschaft wieder zusammenführt. Wir brauchen Menschen, die Frieden stiften – Frieden in der Gesellschaft und Frieden zwischen verfeindeten Staaten. In Corona- und Kriegs-Zeiten brauchen die Menschen nicht nur Biontech, Moderna und Astra-Zeneca; sie brauchen auch Hoffnung.

In der Corona-Pandemie haben wir weltweite Unordnung erlebt, eine unzeitig-vorzeitige Begegnung mit dem Tod. Das Leben in der Corona-Zeit mit all ihren Beschränkungen war beschwerlich – es war Chaos für die einen, Ödnis für die anderen, bloße Störung der Normalität für die Dritten. Die Impfung brachte Hoffnung zurück, sie brachte sie brachte und bringt die Menschen wieder aus der Gefahren- und Todeszone. Man würde sich wünschen, dass es auch eine Impfung gegen die Aggression in der Ukraine gäbe, dass es auch eine Impfung gäbe gegen die soziale Ungleichheit in unserem Land. Eine Impfung gegen die Autokratie und für die Demokratie. Eine Impfung gegen Nationalismus und Rassismus, und für Toleranz und Vielfalt. Aber so einfach geht es nicht. Die Hilfe kommt nicht von außen, sie kommt nicht aus der Apotheke. Sie kommt aus uns selbst.

Deshalb sind wir heute Abend hier. Der Rassismus ist nicht einfach Schicksal. Er ist nicht unverrückbar. Es gibt keine Zukunft, von der man sagen könnte, dass es sie einfach gibt, dass sie einfach auf uns zu und über uns kommt. Zukunft ist nichts Feststehendes, nichts

Festgefügtes, Zukunft kommt nicht einfach – es gibt nur eine Zukunft, die sich jeden gegenwärtigen Augenblick formt: je nach dem, welchen Weg ein Mensch, welchen eine Gesellschaft wählt, welche Entscheidungen die Menschen treffen, welche Richtung die Gesellschaft einschlägt. Die Zukunft ist nicht geformt, sie wird geformt. Die Frage ist nicht, welche Zukunft man hat oder erduldet, die Frage ist, welche Zukunft man haben will und wie man darauf hinlebt und hinarbeitet. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Rassismus. Rassismus muss man nicht aushalten, Rassismus darf man nicht aushalten. Wir müssen uns anstrengen, wir brauchen kreative Kraft-

Wir brauchen kreative Kraft, um die Klimakrise zu überleben. Wir brauchen kreative Kraft, um den Menschen in der Ukraine und in Afghanistan zu helfen. Wir brauchen kreative Kraft, um dafür zu sorgen, dass geflüchtete Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken. Wir brauchen diese Kraft, um Frieden zu finden in einer Welt des Unfriedens. Wir brauchen kreative Kraft um dem Rassismus den Atem zu nehmen. Der Rassismus ist eine der schlimmsten und langwierigsten Katastrophen der Menschheitsgeschichte. Und es gilt, über ihn zu reden und ihn zu bekämpfen, ohne ihn reproduzieren. Das ist die Aufgabe, das ist der Sinn des heutigen Abend.

Wir brauchen eine Welt ohne Rassismus, wir brauchen eine Zukunft ohne Rassismus, weil es mit Rassismus keine gute Zukunft gibt. Solange rassistisches Denken die Gesellschaft vergiftet, gibt es keine Lösung für die lokalen und die globalen Zukunftsaufgaben. Rassismus tötet. Er tötet auch die Zukunft. Aber es gibt Hoffnung, und dieser Abend hier in Hannover ist ein Hoffungsabend. Die Hoffnung beginnt mit einer Erkenntnis: Menschen werden nicht als Rassisten geboren, sie werden dazu gemacht: durch Vorurteile, die sich in die Gesellschaft eingefressen haben und die tiefe Wurzeln haben – Wurzeln in Biologie,

Theologie und Philosophie. Dieser Abend ist daher auch ein Abend gegen Vorurteile. Sie sind tiefverwurzelt. Wie müssen sie ausreißen.

Der theologische Rassismus wurde einst aus der biblischen Urerzählung von Noah entwickelt. Jeder kennt Noah, den Kapitän der Arche. Er ist im Mythos der Urvater der nachsintflutlichen Völkerwelt und spricht Segen über seine Nachkommen aus, aber auch Fluch. Noah verflucht die Nachkommen seines Sohnes Ham, er verflucht seinen Enkel Kanaan, er sei – so sagt er Noah - seinen Brüdern ein Sklave aller Sklaven! Dieser Satz zählt leider nicht zu den biblischen Sätzen, die wie viele andere der Vergessenheit preisgegeben worden sind. Hams Nachkommen wurden in Luthers Übersetzung zu den "Mohren". Der Fluch, "ein Sklave aller Sklaven" zu werden, war eine treffliche Vorlage für rassistische Lesarten. Damit konnte man der Versklavung der Schwarzen höhere Weihen verleihen. So erklärte im 17. Jahrhundert der Theologieprofessor Johann Heinrich Heidegger, dass in dem Augenblick, als Noah den Fluch aussprach über Hams Sohn, dessen „Haare sich kräuselten und sein Gesicht augenblicklich schwarz wurde“. Wer Rettung gegen solche krausen theologischen Gedanken bei der Philosophie sucht, wird enttäuscht.

Auch die Aufklärung klärte nicht auf, sondern steuerte ihren Teil zur Verwissenschaftlichung des Rassismus bei. Hundert Jahre später schrieb Immanuel Kant, der meinte, es besser zu wissen als der Theologe: „Einige bilden sich ein, Ham sei der Vater der Mohren und von Gott mit der schwarzen Farbe bestraft, die nun seinen Nachkommen angeartet. Man kann aber keinen Grund anführen, warum die schwarze Farbe in einer vorzüglicher Weise das Zeichen des Fluches sein sollte als die weiße." So weit, so gut. Kant erklärt dann aber: „Der Einwohner des gemäßigten Erdstriches, vornehmlich des mittleren Theiles desselben, ist schöner am Körper, arbeitsamer,

scherzhafter, gemäßiger in seinen Leidenschaften, verständiger als irgendeine andere Gattung der Menschen in der Welt. Daher haben diese Völker zu allen Zeiten die anderen belehrt und durch die Waffen bezwungen." Soweit der Philosoph der europäischen Aufklärung über Vorrang und Vorrecht der Weißen. Er hat hier nicht selbst gedacht; er hat sich der damals herrschenden Meinung angeschlossen. Er ist dem Vorurteil gefolgt. Es gibt auch die Vorurteile der Aufklärung.

„Unveräußerlich“ seien die Menschenrechte, so heißt es in den feierlichen Erklärungen. Die Menschen kommen aber nicht schon einfach deshalb zu ihren Rechten, zu den Menschenrechten, weil die in diesen Erklärungen aufgeschrieben sind. Sie müssen auch durchgesetzt werden. Schon 1789, als die Menschenrechte zum ersten Mal formuliert wurden, zeigten sich die Schattenseiten solch aufgeklärter Erklärungen: Die Rechte des Menschen galten nicht für die Menschen, die man vom Menschsein ausgeschlossen hatte - um sie kolonisieren zu können. Exklusion ist ein Hauptkennzeichen von Rassismus. Die Formen der Exklusion wechseln, haben gewechselt. Die rassistische Botschaft blieb: „Der“ gehört nicht zu uns. Der Kampf der Sklaven um Befreiung war ein Kampf um ihre Anerkennung als Mensch, mit dem Recht auf Leben und Freiheit und Entfaltung. Die europäische Flüchtlingspolitik darf nicht in so ein sklavisches Denken zurückfallen. Diese Gefahr besteht; im Grenzregime an den Außengrenzen der EU hat sie sich schon realisiert. Die Flüchtlingspolitik der EU ist rassistisch.

Ob in Philosophie, Theologie, Biologie oder Soziologie: Rassismus hat immer seine angeblich ernsthaften Begründungen von angeblich aufgeklärten Menschen gefunden. Hass braucht nämlich das moralische oder wissenschaftliche Argument, dann ist er effektiver. „Lasst uns Menschen machen!“ Das ist zur Devise des Rassismus geworden. Der

Rassist erschafft die Menschen nach seinem Bild. Er versucht Menschen zu dem zu machen, was er in ihnen sieht: dumme, kriminelle, animalische Kreaturen. Dies war das Konzept des Apartheid-Staates Südafrika, das den Rassismus zur Staatsräson machte und ihn in Regierungspolitik umsetzte.

Man muss dazu den autobiografischen Roman von Trevor Noah, dem großen US-Comedian, lesen. Es heisst "Born a Crime", in der deutschen Übersetzung "Farbenblind". Schon diese schwache Wahl bei der Übertragung des Titels lässt zu Recht ahnen, dass man dieses Buch, wenn eben möglich, in seinem englischen Original lesen muss, um seinen Sprachwitz und seine intelligente, bisweilen lausbubenhafte Ironie richtig genießen zu können.

Trevor Noah kam 1984 als Sohn einer Südafrikanerin und eines Deutschscheizers in Johannesburg zur Welt - geboren als Verbrechen, denn ein solches Kind durfte es im Apartheidstaat gar nicht geben. Wenn sich Trevors Mutter mit ihrem Sohn in die Öffentlichkeit wagte, dann vorgeblich als seine "Nanny". Noah wuchs deshalb in seinen ersten sechs Jahren vornehmlich bei seiner Großmutter in Soweto auf. Wo auch immer er war, immer war er Außenseiter, musste die Feindseligkeit der Schwarzen, der Coloureds und der Weißen sowieso erfahren; und er lernte dabei, dass seine beste Waffe sein Witz war. Dieses brutal komische Buch über Gewalt und Widerstand ist alles andere als eine Schmonzette über einen erstaunlichen Aufstieg aus der Gosse zur Glitzerwelt. Über seine Karriere zum Star schweigt Trevor Noah sich komplett aus in seinen "Stories from a South African Childhood". Wer dieses Buch gelesen hat, erlebt, was Rassismus als Staatsräson heißt, der erfährt, wie Rassismus sich anfühlt, wie er schmeckt, wie er riecht, wie mächtig er ist und wie jämmerlich zugleich.

Trevor Noah, heute der Jan Böhmermann der USA, beschreibt in seiner Biografie, welche Blüten der rassistische Wahn in Südafrika noch vor wenigen Jahrzehnten getrieben hat: „Jedes Jahr (wurden) einige Farbige zu Weißen befördert ... Wer einen Antrag stellte, als weiß klassifiziert zu werden, dem steckte man einen Bleistift in die Haare. Wenn der Bleistift herausfiel, war man weiß. Wenn er drinblieb, war man farbig.“ Das ist kein Witz! Das ist der Wahnwitz des Rassismus.

Arbeit gegen den Wahnwitz, Anti-Rassismus-Arbeit ist dringend notwendig, auch in Deutschland. Anti-Rassismus-Arbeit ist Demokratiearbeit, sie ist Arbeit für die Grund- und Menschenrechte. Sie ist auch deswegen notwendig, weil die AfD das Land ungut verändert hat. Gewiss: Sie hat auch sichtbar gemacht, was vorher schon da war. Aber Vieles ist jetzt nicht nur sichtbar, sondern auch sagbar geworden. So mancher, der sich vorher zähmte, tut es nicht mehr; er lässt die Sau raus. Der neobraune Ungeist ist nicht mehr nur in den Netzwerken zu Hause, er ist in Polizeirevieren präsent und bei der Bundeswehr. Einrichtungen, die gegen Rechtsaußen arbeiten, müssen sich vor Rechtsaußen rechtfertigen; das ist beim großen Goethe-Institut so und beim kleinen Demokratieverein.

Liebe Demokratinnen und Demokraten,

Als die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1966 den 21. März zum Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus erklärte, tat man in der Bundesrepublik Deutschland erst einmal so, als ginge einem das nichts an. Der 21. März – das war ja auch vermeintlich kein deutsches Datum, das erinnerte und erinnert an das Massaker an der schwarzen Bevölkerung im südafrikanischen Sharpeville. Am 21. März 1960 hatten Zehntausende schwarze Südafrikaner absichtlich ihre Ausweise zu Hause gelassen und waren zu den Polizeistationen des

Landes marschiert, um sich wegen eines Verstoßes gegen das rigide Passgesetz verhaften zu lassen. In Sharpeville bei Johannesburg eröffneten aber Polizisten das Feuer und töteten hinterrücks 69 schwarze Demonstranten, 180 Menschen wurden verletzt. Nelson Mandela ging in den Untergrund.

An diesen Tag erinnert der Internationale Tag gegen den Rassismus. Er erinnert daran, was der Rassismus immer und immer wieder anrichtet. Es ist der Rassismus, der überhaupt erst die Vorstellung von Rassen geschaffen hat. „Rasse“ ist das Ergebnis von Rassismus. Es gehört zu den am meisten verbreiteten Fake News, dass es Rassen gebe. "Rasse" ist das Ergebnis von Rassismus. Das Wort Rasse tut wissenschaftlich, es ist aber nicht wissenschaftlich.

Der internationale Tag gegen den Rassismus erinnert auch daran, dass Menschen nicht als Rassisten geboren, sondern dazu gemacht werden. Deshalb ist es möglich, dagegen etwas zu tun. In manchen Ländern erhielt dieser Internationale Tag gegen Rassismus große Bedeutung, in Südafrika wurde er zum Nationalfeiertag erklärt; in Deutschland passierte – nichts. Man tat so, als sei die NS-Geschichte ein Buch, das ein Bibliothekar ordentlich katalogisiert, beschlagwortet und dann wieder ins Regal gestellt hat mit der Bemerkung: "Zwölf Jahre Nationalsozialismus, das nächste Buch bitte!" Das nächste Buch trug den Titel: "Deutschland ist wieder wer." Untertitel: "Die Geschichte geht weiter." Aber so war es nicht. Deutschland war natürlich mitnichten rassismusfrei, der Rassismus in Deutschland war brutal und mörderisch. Die Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda, dann in Rostock-Lichtenhagen, später die Mordanschläge in Mölln und Solingen, die Verbrechen des NSU zeigten das auf brutale Weise. Und in den Jahren 2019 und 2020 konnte man in Kassel, Hanau und Halle erleben, wie aus rassistischer Hetze furchtbare Gewalttaten werden –

und immer hieß es dann: Das waren Einzeltäter. Den braunen Strukturen ist nie oder kaum nachgegangen worden. .

Mord und Mord und Mord und Mord. Es ist unbegreiflich und unendlich verstörend: Jahrelang konnte eine rassistische Terrorbande durch Deutschland ziehen und Einwanderer exekutieren. Sie konnte Anschläge planen, Bomben bauen und werfen. Sie konnte all das auch deswegen tun, weil Polizei, Staatsschutz und Staatsanwaltschaft rassistische Motive überwiegend ausgeschlossen haben. Die Verbrechen wurden als Terrorakte nicht erkannt, es hieß, es handele sich um Einzeltaten, sie seien nicht zusammengehörig, angeblich nicht politisch motiviert.

Vor bald elf Jahren hat sich der NSU, der Nationalsozialistische Untergrund, selbst enttarnt. Eineinhalb Jahre später begann am Oberlandesgericht München das Verfahren gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte, das im Juli 2018 mit der Verurteilung der Angeklagten endete. Untersuchungsausschüsse und sonstige Kommissionen sind eingesetzt worden, um Vorschläge zu machen, was sich ändern soll und was sich ändern muss und wie man das bewerkstelligen könnte. In Erinnerung geblieben ist vor allem, mit welcher Vehemenz sich Polizeivertreter und der Bundesinnenminister gegen den Vorwurf verwahrten, bei der Polizei gebe es institutionellen Rassismus.

Der Strafverteidiger Mehmet Daimagüler, der im NSU-Strafverfahren zwei Opferfamilien vertreten hat, macht der Polizei, den Behörden und der Politik heftige Vorwürfe: "Nach der Selbstenttarnung des NSU hat sich kein Polizeivertreter, kein Polizeigewerkschafter, kein Innenminister hingestellt und gesagt: Wir müssen uns fragen, wieso die

Ermittlungen so fatal in die falsche Richtung laufen konnten. Wir müssen über die Bilder in unseren Köpfen sprechen und das Kopfkino insgesamt, das abläuft, wenn ein Opfer nicht 'Schmidt', sondern 'Turgut' heißt. Wir müssen über Racial Profiling sprechen, denn das, was geschehen ist, war ein postmortales Racial Profiling. Ein toter Türke, Kurde oder Grieche konnte nicht und durfte nicht Opfer sein, sondern lediglich ein potenzieller Krimineller. Man orientiert sich und trifft Entscheidungen auf Grundlage des Aussehens und des Namens."

Die NSU-Morde hätten verhindert werden könne, wenn der Verfassungsschutz das nicht verhindert hätte. Der Verfassungsschutz hat es ermöglicht, dass die Neonazis im Untergrund bleiben konnte. ER hat sie vor Ermittlungen der Polizei gewarnt. Er hat verdunkelt, verschleiert, Akten vernichtet. Gäbe es ein Strafrecht für Behörden – dieser Verfassungsschutz verdiente die Höchststrafe: seine Auflösung. Das wäre ein Paukenschlag: „Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil: 1. Der Verfassungsschutz wird aufgelöst. 2. Es wird seine Neuorganisation bis zum 31. 12. 2019 angeordnet.“ Aber so etwas anzuordnen lag nicht in der Kompetenz des Staatsschutzsenats des Oberlandesgerichts München. Es wäre dies die Pflicht der Bundes- und der Landesregierungen. Diese haben, im Gegensatz zum Gericht, ihre Aufgaben nicht erfüllt. Das Geheimdienst- und Staatsschutzwesen braucht eine Fundamentalreform. Es gibt zu viel Neben- und Gegeneinander der Behörden.

Der Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags Thüringen stellte fest: Die Behörden haben die Ergreifung der Verbrecher bewußt fahrlässig oder beding vorsätzlich verhindert. Es gebe „den Verdacht gezielter Sabotage“. Es ist dies ein Verdacht, der einen schier verrückt werden lässt. Strafrechtliche Konsequenzen hatte dieser Verdacht aber nicht.

Ein gewaltbereiter und gewalttätiger Rassismus hätte frühzeitig stigmatisiert werden müssen. Es wäre gut gewesen, wenn das Bundesverfassungsgericht das schon 2003 getan hätte. Damals lief das erste von zwei erfolglosen Verbotsverfahren gegen die NPD. Die rechtsradikale Szene fühlt sich seit den zwei gescheiterten NPD-Verbotsanträgen besonders stark, sie fühlt sich zur Notwehr gegen Flüchtlinge berufen. Ein NPD-Verbot schon im Jahr 2003 hätte vielleicht eine gewisse rezivilisierende Wirkung gehabt ... Der Staat hat dem neonazistischen Treiben so lange zugeschaut, bis sich der Neonazismus mit dem aggressiven Rechtspopulismus vermischt hat.

Die Situation bei den staatlichen Sicherheitsbehörden: Es hieß bei der Debatte über Rassismus in der Polizei entschuldigend, die Polizei sei halt ein "Spiegel der Gesellschaft". Man muss da zusammen mit dem Strafverteidiger vehement widersprechen: "Mit Verfassungsfeinden in der Gesellschaft werden wir mehr oder minder leben müssen. Mit Verfassungsfeinden in Uniform müssen wir aber nicht leben, können wir nicht leben und dürfen wir nicht leben." Das Resümee des Anwalts: Im NSU-Kontext sei klar zu erkennen gewesen, dass Polizeibeamte in ganz Deutschland, "überall dort, wo gemordet wurde, von Sekunde eins an rassistisch gedacht und rassistisch ermittelt haben. Am Ende wurden aus den Ermordeten keine Opfer, sondern Täter." Der Rechtsanwalt, ein Sohn türkischer Arbeitsmigranten, spricht von einem "System der Niedertracht".

Ich selber habe diese Niederträchtigkeit im Vorfeld der Änderung des Asylgrundrechts über Jahre hin erlebt und kommentiert. Die politische Hetze gegen Flüchtlinge und gegen Ausländer überhaupt gehört zu den schwärzesten Erlebnissen meines Journalistenlebens. Wer das Asylgrundrecht erhalten wollte, wurde beschimpft. Wer dagegen Flüchtlinge Schmarotzer nannte, konnte mit donnerndem Applaus

rechnen. Man tat so, als das Asylgrundrecht ein Privileg für sogenannte „Asylschwindler“ und ein gefundenes Fressen für alle Armen dieser Welt. Man machte diesen Artikel zum Sündenbock und bürdete ihm solange Lasten auf, bis er zusammenbrach. Artikel 16 und die Flüchtlinge waren an allem schuld, sogar noch daran, dass die Asylbewerberheime brannten. So konnte das alte Asylrecht entsorgt werden.

Was ist passiert seitdem? Vom „europäischen Verantwortungszusammenhang“ ist nichts zu sehen. Damals, zur Begründung der Grundrechtskastration, hatten die Politiker davon fabuliert. Ich erinnere mich noch gut daran, wie der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther 1995 vor dem Bundesverfassungsgericht davon geschwärmt hat, vom kommenden europäischen Verantwortungszusammenhang, dem das deutsche Grundrecht nicht im Weg stehen solle.. Das Gericht hat sich davon übertölpeln lassen.

Schauen wir ins Jahr 2022. Ja, es ist eindrucksvoll, wie groß die Bereitschaft der Menschen in den Nachbarländern der Ukraine, auch in Deutschland, ist, die Geflüchteten von dort aufzunehmen. Es ist eindrucksvoll, wie die EU nun auf einmal die Register der Not zieht, und die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert. Das ist gut, und das wird nicht schlecht dadurch, dass die EU das 2015 nicht gemacht hat.

Damals, als die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak über Ungarn nach Deutschland kamen und die erste frühe Willkommensphase vorbei war, da hieß es, bis hinauf zum damaligen Bundespräsidenten Gauck: Niemand kann verpflichtet werden, mehr zu leisten als er kann. Stimmt doch auch, oder? Niemand kann verpflichtet werden, mehr zu tun als er kann. Aber: Man sollte dieses Können nicht unterschätzen, man sollte

nicht vorschnell sagen, dass man nicht mehr, **dass** man nicht noch mehr kann. Vielleicht, hoffentlich, lehrt das die ukrainische Not. Vielleicht, hoffentlich, lehrt sie auch: Humanität kennt keine Grenzen.

Die Hilfe für die Vertriebenen aus der Ukraine zeigt, was Europa kann, was Deutschland kann. Darüber wundern sich vor allem die Flüchtlinge, die seit Jahren auf Lesbos festsitzen. Es sind Flüchtlinge, die von so einer Hilfsbereitschaft nur träumen können und seit dem Krieg in der Ukraine erst recht in Vergessenheit geraten sind: Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien, Afghanistan, Äthiopien und Somalia, die wie Gefahrgut behandelt werden, wenn sie in Europa stranden. „Es gibt doch keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse“, klagt der Sozialmediziner Gerhard Trabert, der vor ein paar Monaten als Gegenkandidat von Frank-Walter Steinmeier für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt war – und natürlich keine Chance hatte. „Es gibt doch keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse“, hat er gesagt. Er hat recht. Es dürfte sie nicht geben. Aber es gibt sie. Es gibt die Flüchtlinge zweiter und dritter Klasse, eil es Rassismus gibt.

Es ist eine Entmenschlichung, das Leben der Flüchtlinge vor ihrem Elend gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen; sie hatten ein Leben, eine Heimat, eine Familie, Kinder – aber keine Zukunft mehr, aus welchen Gründen immer. Gewiss: Nicht alle Flüchtlinge fliehen vor Krieg und Verfolgung; nicht wenige suchen schlicht eine bessere Zukunft für sich und vor allem für ihre Kinder. Human behandeln muss man auch die, die keinen klassischen Asylgrund haben. Humane Behandlung besteht nicht schon darin, im Flüchtlingslager auf Lesbos die Zelte durch Container zu ersetzen und dort ein paar Klohäuschen aufzustellen, die Lager aber ansonsten als Gefängnisse zu führen. Flüchtlinge gelten als Teil einer bedrohlichen Masse; von „Menschenfleisch“ hat vor etlichen Jahren der damalige italienische Innenminister Salvini von der

rechtsextremen Partei Lega verächtlich gesprochen. Das ist die Sprache der Unmenschlichkeit; sie darf nicht abfärben. In einer Runde von Bürgermeistern, bei der über Fragen von Migration und Integration geredet wurde, klagte vor einiger Zeit eine Teilnehmerin über die groben Töne, die sich auch in amtlichen Verlautbarungen artikulieren. Ihr Zwischenruf, dass man doch mit Menschen zu tun habe, wurde mit genervtem Stöhnen quittiert. Das sind die Töne des Rassismus.

Liebe Antirassistinnen und Antirassisten in Hannover,

Nach den Ausschreitungen der Neunzigerjahre wurden 1995 die Internationalen Wochen gegen den Rassismus in Deutschland gegründet, um eine "menschenfreundliche Gesellschaft" zu schaffen. Sie sind der Initiative des evangelischen Theologen und Soziologen Jürgen Micksch zu verdanken, der auch das Wort "ausländischer Mitbürger" erfunden hat und die "interkulturelle Woche". Sie begannen damals mit einer bundesweiten Plakataktion und dem Motto: "Rassismus macht einsam" – und mit ein paar wenigen Veranstaltungen, die vom Staat misstrauisch beäugt wurden. Staatliche Stellen lehnten die Förderung von Projekten ab, wenn die das Wort "Rassismus" verwendeten.

Rassismus ist anscheinend, so schrieb ich damals in der Süddeutschen Zeitung, immer anderswo: Als im Jahr 1997, vor 25 Jahren, das "Europäische Jahr gegen den Rassismus" eröffnet wurde und nach dem Willen der EU auch in Deutschland begangen werden sollte, genierten sich die deutschen Regierungspolitiker für dieses Wort "Rassismus" beinahe mehr als für die Vorfälle, die es bezeichnete. Der vorhin schon zitierte damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther war deshalb herzlich froh, als dieses Jahr wieder vorbei war und er selbst es fertiggebracht hatte, das Wort Rassismus so gut wie nicht in den Mund

zu nehmen. Folklore, Kebab, Tralala – das alles wollte er gerne fördern, mehr aber nicht; vor allem wollte er nicht vom alltäglichen Rassismus in Deutschland reden, von dessen Ursachen und dessen Bekämpfung.

Die politische Phobie gegen das Wort Rassismus ist verschwunden. Kanthers Nachfolger Otto Schily (SPD) hat sich immerhin getraut, ein "Bündnis gegen Rassismus" zu gründen. Es reifte, nach neuerlichen ausländerfeindlichen Anschlägen im Jahr 2000, die Erkenntnis, dass es nicht reicht, einmal im Jahr so eine Art Muttertag für Ausländer zu protegieren. Es war aber dann noch ein langer Weg bis zum 14. Juni 2017. An diesem Tag wurde im Bundeskabinett der "Nationale Aktionsplan gegen Rassismus" verabschiedet, in dem die Wochen gegen den Rassismus eine besondere Rolle spielen. Zuletzt haben 80 Organisationen mitgemacht – Religionsgemeinschaften, Fußballvereine, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Arbeitgeberverbände. Fast zweitausend Veranstaltungen waren es bundesweit im Jahr 2019 gewesen. Dann kam 2020 Corona. Alle Veranstaltungen fielen aus.

An ihre Stelle quasi trat im Frühsommer 2020 eine Videodokumentation aus den USA, sie heißt "How George Floyd was killed in Police Custody" – Wie George Floyd im Polizeigewahrsam getötet wurde. Es ist der Abend des 25. Mai 2020 in Minneapolis. Man sieht, wie George Floyd aus seinem Auto geholt wird, wie seine Hände hinter seinem Rücken gefesselt werden und er zu Boden gezwungen wird. Was dann folgt, sind entsetzliche acht Minuten und 46 Sekunden, kaum auszuhalten. Man sieht, wie ein Polizeibeamter auf Floyds Nacken kniet, wie ein Kollege auf Floyds Rücken drückt und ein anderer auf dessen Beine. Man hört das Opfer flehen und bitten: Ich kann nicht atmen. Man hört ihn nach seiner Mutter rufen. Man hört ihn sagen, dass er stirbt. Es rührt die Beamten nicht. Man sieht entspannte, kalte Mörder in Uniform. Es sind weiße Polizisten. Ihr Opfer ist schwarz, Afroamerikaner.

13 Prozent der US-Bevölkerung sind schwarz, 24 Prozent der von der Polizei getöteten Menschen sind schwarz, 38 Prozent aller US-Gefängnisinsassen sind schwarz. Für Rassisten beschreiben diese Zahlen, dass "die Schwarzen" betrügen, klauen, vergewaltigen und töten; die Zahlen bestätigen, angeblich, die Vorurteile. Sie beschreiben aber in Wirklichkeit und in aller Nüchternheit den strukturellen Rassismus.

Die Bilder der Videodokumentation zeigen den Rassismus in all seiner Brutalität; der triumphal aufgerichtet auf dem Hals eines erstickenden Schwarzen kniende weiße Polizist ist geradezu eine Ikone des Rassismus. Und die Demonstrationen überall in den USA zeigten, wie sehr dieser Rassismus das Land aufwühlt. Viele Demonstranten trugen Plakate oder T-Shirts mit der Aufschrift "I can't breathe". Es ist dies ein Satz, der seit dem Jahr 2014, seit dem Tod des asthmakranken Afroamerikaners Eric Garner, für Polizeigewalt steht. Garner war in New York City bei der Festnahme von Polizisten erwürgt worden. "I can't breathe" hatte er zuvor geklagt, ohne dass die Polizisten darauf reagierten.

Der Funke des Protestes sprang auch hierzulande über – trotz Corona. Die Anti-Rassismus-Demonstrationen waren die einzigen Großdemonstrationen im Jahr 2020 neben denen gegen die Corona-Maßnahmen. Auch sie entsprachen nicht den Infektionsschutzauflagen. Dennoch hielt sich die Polizei, selbst von Rassismusvorwürfen getroffen, glücklicherweise bei der Auflösung dieser Demos zurück.

Minneapolis ist nicht so weit weg von Deutschland, wie man meint. New York City ist auch nicht so weit weg. Es gibt den Rassismus in München, in Berlin, in Hamburg und Hannover; es gibt ihn in den Großstädten und auf dem Land - im oberbayerischen Zorneding zum

Beispiel. Bei den Bildern von den Anti-Rassismus-Demonstrationen in den USA ist mir der frühere Zornedinger Pfarrer Olivier Ndjimbi-Tshiende eingefallen: deutscher Staatsbürger, gebürtiger Kongolose, Theologieprofessor, katholischer Priester in Zorneding bei München – er verließ wegen rassistischer Anfeindungen und Drohungen die Pfarrei. Anonyme Briefe mit Beleidigungen und Morddrohungen waren bei ihm eingegangen, weil er sich für Asylbewerber eingesetzt hatte. In seinem Briefkasten fand er ein weißes Pulver, von dem er nicht wusste, was es war. Dann erhielt er eine Postkarte, auf der zu lesen stand: "Wir schicken dich, du Arschloch, nach Auschwitz." Und noch eine Postkarte: "Hau ab, du stinkender Negert. Einer der Rassisten, die ihn bedroht hatten, ein 74-jähriger Rentner, wurde zu zehn Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von 600 Euro an den Verein "München ist bunt" verurteilt, zahlbar in Monatsraten zu 20 Euro. Das ist recht und noch einigermaßen billig ausgegangen für den rassistischen Rentner.

Liebe Freundinnen und Freunde der Menschenrechte,

Wir merken. Es gibt ein Virus, das Mund und Gedanken mit Hasssprache füllt und das anders, aber genauso gefährlich ist wie das Coronavirus. Es ist ein ganz altes, ein ganz aggressives Virus; dieses Virus hat zig Millionen Menschen das Leben gekostet. Sein Wüten begleitet und verdunkelt die Jahrhunderte. Es ist das braune Virus, das Virus R – R wie Rassismus. Eine verbrecherische deutsche Politik, genannt Nationalsozialismus, hat diesem Virus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur seinen pandemischen Lauf gelassen; der NS-Staat hat das Virus R massenhaft produziert und es mit verbrecherischer Lust genutzt. Es herrschte hierzulande lange der Irrglaube, dass es in Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Ende des Holocaust keinen Rassismus mehr gäbe.

Das Virus R ist ein Huckepack-Virus. Es lässt sich mit Vorliebe tragen; gibt es Wohnungsnot, gibt es Arbeitslosigkeit, gibt es Gewalt – das Virus R springt von hinten auf, klammert sich an und verwirrt das Denken: Schuld an der Misere seien die Ausländer, die Flüchtlinge, die Juden. So war es auch, als Corona nach Deutschland kam. Sündenböcke waren diesmal Menschen mit asiatischem Aussehen, die von wildfremden Menschen auf offener Straße mit „Corona, Corona“-Rufen traktiert wurden oder den Rat bekamen: „Dich sollte man mit Sagrotan einsprühen“. Der Psychologe Steven Taylor warnt deshalb davor, Epidemien Namen zu geben, die sich auf eine vermeintliche Herkunft des Verursachers beziehen. Das Virus R springt auf solche Bezeichnungen an und haftet sich an sie. Dass das jetzt grassierende Corona-Virus so einen schwer zu merkenden und schwer aussprechbaren Namen SARS-CoV-2 trägt, ist darum ein kleiner Beitrag zur Abwehr des Rassismus, gegen den die Gesellschaft längst noch nicht geimpft ist, auch die deutsche nicht.

Es gilt immer noch) der Satz von Hannah Arendt aus dem Jahr 1941: „Vor dem Antisemitismus ist man nur auf dem Monde sicher“. Man muss also den Mond auf die Erde holen, um für Schutz vor Antisemitismus und Rassismus zu sorgen. Es gibt diese Versuche – Versuche, die manchen klein, gar lächerlich vorkommen mögen, die aber bewusstseinsbildende Kraft haben. Dazu gehört die Dreikönigs-Geschichte des Jahres 2020 in der evangelischen Münstergemeinde in Ulm. Der Ulmer Künstler Martin Scheible hat 1923 einen grandios hässlichen schwarzen König geschnitzt. Sein Melchior ist nun der König des Anstoßes. Wer ihn betrachtet, versteht, dass Menschen sich verhöhnt fühlen: Er entspricht rassistischen Klischees, er ist ein Zerrbild – er hat eine unförmige Gestalt, wulstige Lippen, eine Art Narrenkappe aus Federn auf dem Kopf, um den Fuß einen Goldreif; die Figur hat etwas Sklavenhaftes, und damit nicht genug. Da ist auch noch ein „Mohrenkind“, das die Schleppe des weißen Königs trägt. Das widerspricht der Friedensbotschaft, die von einer Krippe ausgehen

sollte; sie richtet sich an alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Alter.

Eine Figur, die den einen schwarzen Menschen zur lächerlichen Karikatur formt, ist ein Ärgernis. Man kann Ärgernisse aus dem Weg räumen. In Die Entscheidung, die Dreikönig aus der Krippe zu nehmen, war richtig gewesen, allein schon, weil sie das Problem benennt und Kritik nicht scheut. Man hätte, so hieß es, den König in der Krippe belassen und eine erklärende Tafel danebenstellen können. So wäre es im Museum. Eine Kirche ist aber kein Museum. Eine Krippe in der Kirche lädt ein, sich mit den Figuren zu identifizieren, sie ist liturgischer Gegenstand, der sich, wie der Kirchenhistoriker Volker Leppin in der FAZ sagte, „am Evangelium messen lassen“ muss. Die Kirchengemeinde hat Maß genommen; sie hat Unvereinbarkeit festgestellt.

Gewiss: Es gibt einen Bildersturm-Furor, der dogmatisch ist und intolerant, der Geschichte und Geschichten umschreiben will, der pauschal ausgrenzt und böswillig abrechnet. Die Ulmer Königs-Quarantäne gehört nicht in diesen Formenkreis. Sie ist weder brachial noch anbiedernd. Sie ist nicht das Ende und das Amen im Münster zu Ulm. Sie eröffnet Zeit zu diskutieren, wohin der Weg gehen soll. Schließlich ist jedes Jahr Weihnachten. Die Diskussion hat einen Wert an sich. Sie macht sensibel für die Rassismen im Alltag und die blinden Flecken bei der blauäugigen Betrachtung des vermeintlich Normalen. Diese Sensibilität braucht man, um den Mond auf die Erde zu holen.

Den Mond auf die Erde holen. Dazu gehört es auch, das Wort „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner

Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden." So steht es im Grundgesetz. Niemand hat dem Grundgesetz damals, als es 1948/49 geschrieben wurde, seine Haltbarkeit zugetraut, es galt als Grundordnung für eine Zwischenzeit. Das Land lag in Trümmern, die Zukunft war ein bombentrichter großes Loch. Das Grundgesetz ist so karg wie die Zeit, in der es entstanden ist; da jubelt nichts. Und in dem Satz, mit dem es, kurz wie eine SMS, beginnt, steckt das Entsetzen über die Nazi-Barbarei: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Grundrechte, die nachfolgen, sind die Antwort auf diese Barbarei; sie sollen die Unantastbarkeit der Menschenwürde sichern und schützen.

Was aber ist, wenn die Antwort auf die Barbarei nicht nur eine Antwort ist, sondern auch ein Echo – wenn man also in der Antwort noch die Sprache derer hört, wegen deren Untaten diese Grundrechte formuliert worden sind? So ist es in dem Grundgesetz-Artikel 3. „Rasse“ – das ist ein zentrales Wort aus dem Vokabular des Nationalsozialismus. Es ist das Wort, das die NS-Vernichtungspolitik bestimmt hat, es ist das Wort, das die Nationalsozialisten zur Grundlage und zum Ausgangspunkt ihrer verbrecherischen Politik gemacht haben. Ein Benachteiligungsverbot wegen der „Rasse“ steht auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950.

Rasse: Es ist dies ein zeitgebundenes, böses Wort; das Echo tönt bis in unsere Zeit. Noch in der EU-Grundrechtecharta von 2009 wird es verwendet, im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2006 auch. Und selbst in neueren Kirchenliedern heißt es: „Singt dem Herrn alle Völker und Rassen“. Nun ja. Kirchenlieder kann man ungesungen lassen oder umdichten, wie das bei dem genannten Lied geschehen ist. Das Grundgesetz unbeachtet lassen – das geht nicht.

Bei den Grundgesetzberatungen hat es keine Debatten über den Begriff Rasse gegeben; er wurde vom Parlamentarischen Rat 1948/49 unhinterfragt übernommen – obwohl es niemals mehr ein deutsches Parlament gab, in dem der Anteil an Widerstandskämpfern und Anti-Nazis so hoch war wie in diesem Parlamentarischen Rat. Der Begriff „Rasse“ ist auch von ihnen, von den ehemaligen Widerstandskämpfern gegen Hitler und seinen Wahn, nicht problematisiert worden. Man wollte die auf Rasse gestützte Diskriminierung ächten, hatte aber noch keinen Sinn dafür, dass schon mit der Verwendung des Begriffs Rasse die Rassenideologie zementiert wird.

„Race does not exist, but it does kill people“, hat die französische Soziologin Colette Guillaumin formuliert. Das ist der Stand der Wissenschaft. Muss man also den Begriff Rasse aus dem Grundgesetz streichen? Oder soll man mit dem Wort Rasse so umgehen wie mit den judenfeindlichen Darstellungen auf den Domen des Mittelalters? Muss man sie herausschlagen aus dem Grundgesetz? Soll man zumindest eine Tafel anbringen mit historischen Erläuterungen? Das hieße im Fall des Grundgesetzes, eine Fußnote zum Artikel 3 Absatz 3 ins Grundgesetz zu schreiben, etwa wie folgt: „Das Grundgesetz ist in antirassistischer Absicht verfasst. Der Begriff Rasse verweist auf das Problem des Rassismus – nicht auf die vermeintliche Existenz menschlicher Rassen.“ Oder soll man einfach das Wort Rasse im Grundgesetz künftig in Anführungszeichen setzen, um einerseits den historischen Bezug zur menschenverachtenden NS-Ideologie zu behalten, sich aber zugleich von dem Wort zu distanzieren?

Befriedigend ist das nicht. Ein solches Argumentieren verkennt die bewusstseinsbildende Kraft von Sprache. Die Grundgesetz-

Formulierung trägt auf dem Hintergrund des deutschen Rassismus die Gefahr in sich, Vorurteile fortzuschreiben. Das muss man vermeiden. Eine Änderung könnte so lauten: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf rassistisch benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Das Grundgesetz ist kein Relikt der Vergangenheit. Es ist zwar ein Mahnmal und ein Denkmal seiner Zeit, der Jahre 1948/49. Aber es ist zugleich und vor allem ein Wegweiser in die Zukunft. Ein Wegweiser muss klar sein, unmissverständlich, er verträgt keine Fußnoten, er verträgt keine umständlichen Erklärungen und Rechtfertigungen. Das heißt: Das Wort „Rasse“ muss aus dem Grundgesetz gestrichen werden, so wie es die Ampel-Koalition im Koalitionsvertrag versprochen hat.

Diese Grundgesetzänderung ist ein kleiner, aber ein grundsätzlicher und richtungsweisender Beitrag im Kampf gegen den Rassismus. Rasse existiert nicht, aber Rasse tötet Menschen. Die Polizisten in Minneapolis haben einem Menschen, Lloyd George, getötet; sie haben ihn erstickt. Wir hören seinen letzten Ruf „I can't breathe“. Nun gilt es, dem Rassismus den Atem zu nehmen. Dieser Abend ist hoffentlich ein Beitrag dazu. „No Rassismus“ ist ein Zukunftsmotto,

Heribert Prantl, Prof. Dr. jur. Dr. theol. h.c., war Richter und Staatsanwalt in Bayern, wurde dann Journalist. Er war 25 Jahre lang Leiter der Redaktionen Innenpolitik und Meinung der Süddeutschen Zeitung, acht Jahre lang auch Mitglied der Chefredaktion. Heute ist er ständiger Autor und Kolumnist der Zeitung.
